

Vaale-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die gegebenen Kolonnenzeile oder deren Raum mit 30 Pf. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Seite 1 mit. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 11 Uhr, für die Sonntagsnummer am Ende 6 Uhr. Abschlüssen von Anzeigenaufträgen, sowie solche aufträge sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheint täglich zweimal Sonntags einmal
Schiffahrt und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Dr. Buchenaustraße 17. Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich 3.60 Mark, durch die Post 3.00 Mark einschließlich Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter 'Sozial-Zeitung' eingetragen. Für unbesandene eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Sozial-Zeitung' gestattet.
Herausgeber der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Bezirk Leipzig Nr. 4609.

Nr. 310.

Halle, Donnerstag, den 5. Juli

1917.

Vielfache französische Angriffe gescheitert.

Der Verfassungsausschuss des Reichstages

befiehlt zunächst, den Teilerbericht des Abg. Dr. Müller-Meinungen über die Erweiterung der Reichstagswahlkreise am Ende der Sitzung festzustellen und beriet dann die Frage des Wahlrechts in den Bundesstaaten.

Der sozialdemokratische Abg. Landsberg sprach sehr ausführlich. Er gab zu, daß

die sozialdemokratischen Forderungen über das Frauenwahlrecht und die Herabsetzung des Wahlalters auf das 20. Lebensjahr bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen des Reichstages keine Aussicht auf Annahme hätten. Aber das Reichstagswahlrecht muß in den Bundesstaaten eingeführt werden. Jedes Nationalwahlrecht ist eine Verletzung des Volkes. Die Kompetenz des Reiches, die Verfassung der Bundesstaaten zu regeln, ist allgemein gegeben und durch nationalisierende, fortschrittliche und Zentrumsanträge oder Erklärungen in der Vergangenheit und Gegenwart wiederholt ausgesprochen worden. Die Zentrumsführer Graf Spornfeld und Spahn insbesondere haben das durch Epochen ihrer Partei behauptet. Die Wahlrechtsfrage in den Einzelstaaten, zumal der größeren, ist eine deutsche Frage, und besonders die preussische Frage ist wichtig. Die Dierbofschaft will das gemeine und direkte Wahlrecht und lehnt das Klassenwahlrecht als unzulänglich ab. Sie enthält damit das Bekenntnis zum gleichen Wahlrecht. Jedes Nationalwahlrecht ist auch ein Preis für bestimmte Rechte. Aber wer glaubt, daß der jetzige preussische Landtag jemals der Einführung des Reichstagswahlrechts zustimmen wird? Haben doch die Konventionen sogar die letzte sehr mangelhafte Reform abgelehnt, obwohl in der damaligen Ära die Wichtigkeit sehr verstanden war. Die konervative Propaganda paßt nicht in konventionellen Formen. Wenn der König freiherrliche Hilfe unternimmt, werden die konventionellen Anhänger des Parlamentarismus und Juchens mit Hilfe des Parlaments diese freiherrlichen Ziele zu durchsetzen. Die Haltung der Konventionen wie der Regierung im Verfassungsausschuss war sehr befremdend. Man konnte oft an

ein Spiel mit verteilten Rollen

glauben. Der frühere preussische Staatssekretär Debrüdt hat dem preussischen Landtag schon einmal bei der Wohnungsfrage mit den Eingriffen des Reiches gedroht. Welch geringe Bedeutung habe aber die Wohnungsfrage gegenüber der Wahlrechtsfrage? Der Reichstag darf die Resolution der Regierung nicht nachahmen. Der preussische Ministerpräsident hat im Abgeordnetenhause die preussische Wahlrechtsreform eine Lebensnotwendigkeit genannt. Kann man durch Verheißung einer Reform immer Kämpfe vermeiden? Wer gegen den konventionellen Widerstand siegreich bleiben will, muß schnell handeln, sonst wird die Räte radikalisiert; die Mittelparteien mögen keine unnützen Bedenken haben. Es gilt, die Zeichen der Zeit zu erkennen und ihnen zu folgen. Man bedenke die Psychologie der Masse: Hunger, Entbehrung, Trauer sind da. Da muß die Zeit der politischen Entscheidung ein Ende nehmen. Nur so kann, wie der nationalisierende Abg. Schiffer es einmal ausgesprochen hat, der Staat den Massen näher gebracht werden. Wir wollen uns vom Zustand nicht in die inneren Verhältnisse hineinreden lassen, aber den Feinden muß der Vormarsch Deutschlands sei der Hört der Barbarei, aus der Hand geschlagen werden.

Abg. Stadthagen (Unabh. Sozialist): Das gleiche Wahlrecht darf nicht nur für den Oberbau des Reiches, sondern muß auch für die Bundesstaaten gelten. Gleichberechtigung hat nur — jetzt zunächst im größten Staat Deutschlands. Das während des Krieges nicht geändert werden soll, ist ein unfassbarer Gedanke.

Abg. Kretsch (konf.): Auch in Amerika, England und sonst im Auslande gibt es kein gleiches Wahlrecht. Nur in Frankreich ist es vorhanden, aber dort ist wieder die Verwaltung der Präfekten allmächtig, und es fehlt die Selbstverwaltung.

Das Wahlrecht ist kein persönliches Recht, sondern ein staatsliches Recht.

Die preussische Staatsverwaltung ist nur eine große Kommunalverwaltung, in der alles glänzend geordnet ist. Die Elternhausverwaltung (Konf.) die Schulverwaltung ist aus, die Schulstellen sind auf die Schulstellen der Besessenen gelegt, das Dreiklassenparlament hat stets sehr für die ärmere Bevölkerung gewirkt. Die Konventionen widersprechen sich selbst gegenüber. Konventionen nicht. Das allgemeine, gleiche und gemeine Wahlrecht kommt für Preußen nicht in Betracht. Preußen ist nicht leicht für die Demokratie zu kriegen. Das preussische Wahlrecht muß den preussischen Charakter aufrecht erhalten, der Reichstag ist für die Eingriffe in das Wahlrecht der Bundesstaaten nicht zuständig.

Abg. Mettin (Deutsche Fraktion): Die Frage der Kompetenz-Kompetenz ist sehr wichtig und sehr alt.

Die Mehrheit der Reichstages besteht die Frage der Kompetenz-Kompetenz

für den Reichstag und den Bundesrat, aber das Deutsche Reich ist kein Einzelstaat, sondern ein Bundesstaat. Die Rechte der Bundesstaaten dürfen nicht durch das Reich totgeschlagen werden. Die Deutsche Fraktion will den Bundesstaaten das Recht der Entschliebung über ihre Wahlrechte nicht nehmen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Sp.): Die Fortschrittliche Volkspartei steht auf dem Standpunkt der Kompetenz-Kompetenz des Reiches. Das Reich kann eingreifen in die Wahlrechte der Bundesstaaten. Gleiches Wahlrecht und Verhältniswahl in den

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 5. Juli.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern und im Artois blieb gestern die Feindtätigkeit meist gering. An mehreren Stellen wurden feindliche Erkundungsvorstöße abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Unser Geländegewinn am Chemin des Dames, nördlich von Cerny, veranlaßte die französische Führung auch gestern und heute morgen wieder zu Angriffen, die verhältnismäßig erfolglos blieben, jedesmal aber unter erheblichen Opfern an Toten, Verwundeten und Gefangenen verfuhr, den unklaren Boden zurückzuerobern. Auf beiden Massenen nahm abends der Feuerkampf zu.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

In den letzten Tagen führten Aufklärungsabteilungen nördlich der Maas mehrfach gelungene Unternehmungen durch. Eines unserer Fliegergeschwader griff gestern vormittag die militärischen Anlagen und Küstenerwerke von Herwich an der Ostküste Englands an. Trotz starker Abwehr von der Erde und durch englische Luftstreitkräfte gelang es, mehrere Tausend Allogramm Bomben ins Ziel zu bringen und gute Wirkung zu beobachten. Sämtliche Flugzeuge sind unverletzt zurückgekehrt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Auf dem Kampffeld in Ostgalizien verhielt gestern nur geringe Feindtätigkeit. Es kam auf den Höhen bei Bzejan zu örtlichen Gefechten, bei denen die Russen aus einigen Krüppertürmen geworfen wurden, in denen sie sich noch gehalten hatten.

In den benachbarten Wäldern blieb es im allgemeinen ruhig.

Am der

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen zeigte sich vereinzelt der Feind tätiger als sonst.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

U-Boottaten.

Berlin, 4. Juli. (Amstlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Atlantischen Ozean und in der Biscaya: Fünf Dampfer, vier Segler.

Unter den vernichteten Schiffen befanden sich u. a. die englischen Dampfer 'Leopold' 347 Tonn. auf dem Wege nach England, 'Sabanda II.' 798 Tonn., der Munition geladen hatte und fast gleichzeitig mit dem Torpedobatterien in die Luft flog, ein großer bewaffneter Dampfer, anscheinend mit Erziehung auf dem Wege nach England und der englische Dreimastdampfer 'Garrie Harvey'. Der Chef des Admiralschiffs der Marine.

WTB. Stockholm, 4. Juli. Nach 'Stockholms Tidningen' meldet der schwedische Botschafter in Kopenhagen, daß der schwedische Dampfer 'Germania', 1064 Tonn., auf der Reise von Gottenburg nach Hull verfehlt wurde.

WTB. Haag, 4. Juli. Das Korrespondenzbüro meldet, daß infolge der neuen englischen Abwehrmaßnahmen in der Nordsee Schiffe, die durch die sogenannte freie Fahrtrinne fahren müßten, bis auf weiteres nicht ausfahren dürfen.

Gelapert.

Die Stockholmer 'Tidens Tidning' meldet einem Stockholmer Telegramm zufolge, daß am 1. Juli in der Ostsee in der Nähe von Karlskrona ein großer von Norden kommender Handelsdampfer vermutlich durch deutsche Streikräfte gelapert wurde.

Die Post nach Saloniki versenkt.

Die englische Postverwaltung teilt mit, daß die ganze Post, die am 24. Mai und am 8. Juni, von London an die Saloniki-Armee abging, von U-Booten zerstört wurde.

Ein neuer Beweis für unseren U-Bootstief!

Nach Waller Meldungen aus London fordert der neue englische Etat zum ersten Male eine Milliarde Schilling für Verluste der britischen Handelsflotte im U-Bootkrieg. Die Agentur Lloyd in London gab im zweiten Vierteljahr 1917 für 975 englische Schiffe Versicherungsgelder aus gegenüber 188 Schiffen im zweiten Vierteljahr 1916.

Einzelstaaten ist die Forderung der Volkspartei. Aber die sozialdemokratische Festsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre ist nicht zweckmäßig. Es muß praktische Arbeit geleistet werden. Inner Zurückziehung der fortschrittlichen Anträge beantragt, der Redner folgende

Resolution

Dr. Müller-Meinungen (F. Sp.), Dr. Jund (Unabh.), Dr. Buchardt (F. Sp.):

Der Reichstag wolle beschließen, an den Herrn Reichstanzler folgende Erklärung zu richten:

Wir, der an den Reichstanzler und den preussischen Ministerpräsidenten gerichteten Osterbotschaft des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen ist auch der Reichstag der Überzeugung, daß nach den gemachten Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr ist.

Wie alle Schichten des Volkes in pflichtbewusster Aufopferung an der glücklichen Durchführung des gewaltigen Krieges mitwirken, so werden auch die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die bei Ausgange des Krieges und nach dem Kriege zu erfüllen sind, der hingebungsvollen und freudigen Mitarbeit des ganzen Volkes bedürfen. Hierfür aber ist eine unerlässliche Voraussetzung, daß die vollaufbürgliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten eine Verzug durchgeführt wird. Dadurch werden in Staat und Reich madvolle neue Kräfte für die Entscheidung des Krieges sowie für den neuen Aufbau des deutschen Lebens zur Entfaltung gebracht werden.

Redner fährt fort: Der Reichstag muß seine Stellung heute deutlich bekunden. Wir müssen trotz der Agitation des Auslandes die neue Gestaltung des innerpolitischen Lebens bei uns fördern. Lassen Sie sich warnen! Ein ungarischer Minister hat mit dieser Lage gelagt:

Wir halten es für unsere Pflicht, dem Volke den guten Willen zu zeigen.

Wenn wir nur von einem preussischen Minister so etwas hörten! Träumen Sie sich nicht über die Stimmung drinnen und draußen! Wenn Sie kein Wort öffnen, werden Sie den großen Gefahren entgegengehen. Formalistische Haarpalieren versteht das Volk nicht. Dilatorische Behandlung ist heute gefährlich. Die Erfahrungen von 1813 sind nicht vergessen. Wir können nicht bis zum Frieden warten.

Abg. Jund (Unabh.): Die Kompetenz-Kompetenz des Reiches ist unerküßlich nicht zu bezweifeln. Aber ein Eingriff des Reiches wegen in die preussische Verfassung ist nicht zu wünschen, und die Nationalisierenden können sich mit diesem Gedanken nicht befassen. Dagegen wird der neue Antrag Müller-Meinungen von meinen Freunden unterstützt.

Es ist jetzt die höchste Zeit, Entschlüsse zu fassen.

Seit der Osterbotschaft hat sich vieles ereignet. Der Krieg wird so bald nicht zu Ende gehen. Ein Umsturz von der Stimmung des Volkes ist unüberdenkbar. Verzug wäre für die deutsche Sache nicht ungefährlich. Es liegt im Interesse der Krone, die preussische Reform jetzt sofort in die Hand zu nehmen.

Abg. Herold (Ztr.) erklärt, daß seine Partei zu der neuen Resolution Müller noch keine Stellung nehmen könne. (Anschließend dürfte es heute noch zu keiner Abstimmung kommen.)

Abg. Dr. Grednauer (Soz.): Der Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht in Preußen ist sehr stark. Die Sozialdemokraten müßten auf dem Wege der Reichsgeheubung bestehen. Heute überlegen sich die Dinge. Die Dierbofschaft regnet mit baldigen Kriegsende, das deutsche Volk steht aber vor langem Kriegsende. Die Gelegenheit, die Stimmung zu heben, darf nicht überpaßt werden. Die konervative Partei ist leucht, wenn die Osterbotschaft inwieweit Mitbewerben im Volke begegnet. Ist denn die Regierung nicht der Meinung, daß jetzt etwas geschehen muß? Will sie nicht erklären, wie die Osterbotschaft gemeint ist? In Sachsen loben wir ein Nationalwahlrecht. Es ist einseitig und ungerichtet, zurechtgemacht zugunsten bestimmter Parteien. Eine lebhaft demokratische Bewegung geht durch Sachsen. Ich warne vor einem Nationalwahlrecht in Preußen. Der Resolution Müller-Meinungen stimmen wir zu.

Abg. Dr. Buchardt (F. Sp.): Es ist doch eigentlich eine selbstverständliche Voraussetzung, daß die Bundesstaaten dieselbe

konstitutionellen Verhältnisse haben wie das Reich.

Der innere Gegenstand der Wahlrechte im Reich und in Preußen bedingt eine Krise, die auf die Dauer unüberwindlich ist. Ich erkläre ausdrücklich: Die Zurückziehung der fortschrittlichen Anträge auf Einführung des gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten durch Reichsgeheub bedeutet natürlich keine grundsätzliche Meinungsänderung, sondern ist nur bedingt durch die Mehrheitsverhältnisse des Ausschusses, in dem keine Aussicht auf Annahme unserer alten Anträge besteht. Nur sehr innere und sehr widerbenfend verziehen wir zurück auf den mehrbenbürgigen Antrag, lediglich, weil er keine Mehrheit erhalten würde und eine Ablehnung die Sache nicht fördern kann. Bei energischer Haltung der preussischen Regierung würde schon jetzt im Herbst im preussischen Landtag das gleiche Wahlrecht durchgeführt sein. Diese Zurückziehung der Regierung ist zu fordern. Preußen ist kein bodenpolitisches Gemeinwesen mit dem Willen, die politischen Rechte auszuüben. Die konervative Partei in Preußen muß Rück-

stkaufble Konventionen des Reiches nehmen, daher sind die Verhältnisse noch günstiger als sie sonst wären. Die Resolution bedingt auch die medienbürgerlichen Wünsche. Alle Verträge der medienbürgerlichen Regierung haben trotz ihrer Unzulänglichkeit keine Veränderung erfahren. Die Mittelstände stellen ihre Sonderinteressen über das Staatsinteresse. Die jüngst stattgehabte Schweizer Konferenz war die Verhältnisse nicht geändert und gebietet. Die Grundlagen der neuen medienbürgerlichen Verfassung müssen vom Reich festgelegt werden. Am Reich sind schwere Gefahren im Anzuge. Die Reichsregierung muß der Resolution Müller-Meinungen Folge geben und im Herbst eine Vorlage mit dem gleichzeitigen Antrag an den Landtag bringen.

Die Verträge werden jetzt unterbrochen und es wird der Tätigkeit Müller-Meinungen über die Änderung der Reichsverfassung beraten und genehmigt.

In der wieder aufgenommenen Debatte spricht Abg. Warm (Unabh. Soz.), der gegen den Abg. Kretschmer und den weitgehenden Standpunkt seiner Parteifreunde vertritt. Der Verfassungsausschuß hat die Zustimmung über die Wählerreformresolution Müller-Meinungen auf Freitag verschoben.

In der Debatte erklärte sich der Abg. Warm (Unabh. Soz.) gegen die vorliegende Resolution. Der konservative Abg. von Geseke führte aus, seine Fraktion müsse zu der Resolution erst Stellung nehmen. Persönlich habe er gegen die Resolution große Bedenken.

Der Redner-Abg. (Ztr.) tritt für die Einführung des Reichsgesamtwahlrechts in Preußen ein, verweist aber den Weg über die Reichsgesamtwahl.

Schließlich erklärt Abg. Dr. Müller-Meinungen den Inhalt der Resolution dahin, daß zur „vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, von der die Resolution spricht, das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht gebühre. Er betont nochmals, daß jeder Verzug verhängnisvoll wirken müsse.

Hierauf trat die Beratung auf Freitag ein.

Die Geschäftslage im Reichstag.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Der Meistens-Ausschuß des Reichstags ist schon am Mittwoch nachmittag zusammengetreten, um Vereinbarungen über die Geschäftsverteilung zu treffen. Allgemein wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, die Sommerferien so kurz wie möglich zu bemessen. Berechtigte Wünsche des Ausschusses für Handel und Gewerbe und des Bevölkerungsausschusses, daß ihre längst fertiggestellten Berichte beraten und ihre Beschlüsse dem Vollreichtag befristet werden möchten, wurden demgegenüber zurückgewiesen. Man will sich nur auf die Erledigung der dringlichsten Aufgaben beschränken. Infolgedessen wird heute, Donnerstag nachmittag, der Reichstagspräsident, Graf Hohenhausen, die neue Kriegesberichtvorlage einbringen und ausführlich begründen. Dann wird man sich verlegen, um den Fraktionen Zeit zur Aussprache zu gewähren. Am Freitag wird der Antrag des Bundesrates auf abermalige Verlängerung der Verlesensperiode des Reichstags um ein weiteres Jahr eingebracht und voranschicklich ohne Aussprache angenommen werden. Darauf soll die Debatte über die Beschlüsse des Verfassungsausschusses beginnen. Sie beziehen sich bekanntlich auf die Forderung der Neueinstellung der Wahlkreise und die Einführung der Verhältniswahl in ihnen. Damit wird die Aussprache über die neueste Entscheidung des Verfassungsausschusses verbunden werden, die man geteilt als Wahlrechtsreform-Ergebnis bezeichnen kann. In ihr wird die Oberhoheit des Kaisers bezüglich des Kaiserwahlrechts in Preußen für unmöglich erklärt und die Forderung aufgestellt, daß die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten ohne Verzug durchgeführt wird. Es ist also dann eine Debatte gegen die Forderung der Neuorientierung der inneren Politik zu erwarten. Sie wird mindestens zwei Tage in Anspruch nehmen. In der nächsten Woche wird man noch die Beratung und Verabschiedung der Kreditvorlage nachholen und eine Besprechung des Hauptauswahlsberichtes über die dort gepflogenen Verhandlungen durchzuführen. Da hier die Fragen der Kriegführung und der auswärtigen Politik vielteilweise auch die Probleme der Volksernährung und der Rohstoffversorgung zu behandeln sind, wird man abermals mit mindestens zwei Verhandlungstagen zu rechnen haben. Der Reichstag wird dann frühestens am Dienstag nächster Woche seine Tätigkeit beendigen. Eine Rede des Reichstagspräsidenten ist bis jetzt nicht vorgelassen; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß er es öffentlich äußert, wenn ihm der Gang der Debatte Veranlassung dazu gibt.

Von der Westfront.

Englische Drohungen. WTB. Berlin, 4. Juli. Die englische Zeitung „Observer“ schreibt am 17. Juni: „Niemand sollte sich mit Protesten gegen die Repressalien hervorwagen, die nicht selbst persönlich durch Luftangriffe gelitten hat. Es besteht jetzt eine überwältigende, eine fast allgemeine Forderung nach Repressalien in einem Maßstabe, der weiters Teilweise über die übliche Art verhilft. Durch unerträgliche Konzentration, durch eine Reihenfolge von Angriffen können wir irgendeine deutsche Stadt ohne Rücksicht auf irgend einen Unterschied, das sie einfallen mag, zerstören, und das sollten wir tun. Es ist ferner, daß es so weit gekommen ist, aber der Kaiser und seine Kriegstage haben den Vorteil gewonnen, und es bleibt uns keine Wahl.“ Die Engländer wollen also die Wiedervergeltung des deutschen Angriffes durch Vergeltungsmaßnahmen verbinden. Obwohl unser Angriff vom 13. Juni nach dem Einverständnis zahlreicher englischer Zeitungen nur militärische Zwecke verfolgte, verlangt die englische Auffassung von der Kriegführung, daß Gegenangriffe „ohne Rücksicht auf irgend einen Ausnahmefall“ durchgeführt werden sollen. Durch heimtückische Zerstörung, Mord und Brandstiftung rächt sich gemeinlich ein Gegner, der sich sonst nicht wehren kann. Bisher war dieser Versuch nur bei unzulänglichsten Verhältnissen verbreitet. „Daher“ behauptet uns eines anderen, falls wir es bisher noch nicht wissen sollten.

Direkte Verbindungslinien von Washington nach der Westfront.

„Politiken“ wird aus Paris gemeldet: Wie die Berliner Mütter berichten, wird das amerikanische Expeditionskorps an der französischen Front ausschließlich unter dem Kommando des Generals Pershing stehen. Die amerikanische Regierung wird ihre eigenen Verbindungslinien zwischen dem Heere an der Westfront mit Washington haben.

Fliegerangriff auf Wien.

T. U. Amsterdam, 4. Juli. Neuter meldet offiziell: Die fliegende Flottille erschien heute morgen 7 Uhr über der Küste von Sizilien. Das Abwehrgepöhl trat in Tätigkeit. Einige Bomben wurden abgeworfen. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Die unerträgliche Höhe der Lebensmittelpreise in England.

T. U. Amsterdam, 4. Juli. Es bedarf keines Beweises, daß die Preise unerträglich hoch sind, sagen die „Times“. Das Blatt gibt eine vergleichende Uebersicht der Großhandelspreise für Getreide, die am 25. Juni 1914 und am 25. Juni 1917 in Smithfield gegahit wurden und aus der hervorgeht, daß die Großhandelspreise in den letzten drei Jahren um 100-200 % gestiegen sind. Auch die Preise für Kartoffeln haben eine enorme Steigerung erfahren. Die „Times“ teilen mit, daß ein englisches Pfund Kartoffeln, d. h. 450 Gr., am 25. Juni 1914 7½ Pence kostete, heute dagegen 30 Pence. Im letzten Jahre, als Kartoffelnot in England herrschte, betrug der Einkaufspreis für einen Zentner Kartoffeln 1250 Gulden. In diesem Jahre verlangt man für einen Zentner 84 Gulden.

„Man murret“ in England.

Das englische Wochenblatt „John Bull“ sagt in einem Artikel über die Situation in England: „Die englische Volksee, u. a.: Trotz der gewaltigen Arbeit im Weiden, wo der Soldat die Mißfolge der Diplomaten wieder gutmacht, ist jetzt das englische Volk unzufrieden, es murret. Es ist immer gefährlich, ja sogar verwerflich gewesen, etwas zu leugnen, was alle Spägen von den Dächern pfeifen. Aber das hat unsere Regierung nun getan, um im Auslande den Anschein zu erwecken, als ob zu Hause alles wohl bestellt sei. Das ist aber in England nicht der Fall. Die wichtigsten Bestimmungen schürten unsere Bewußtseinsfreiheit immer mehr ein. Dabei empfinden sie keineswegs den Notwendigkeit des Krieges, nicht einer Viehherde eines Herrn, der verschiedene Stedenpferde reitet. Das ganze Volk ist empört über die Behandlung, die tapfere Männer, die verwundet aus dem Kriege heimkehren, zu Lande erfahren, wenn sie aus neue dem Zivilleben entziffen werden. Man hat verprochen, den einzigen Lohn einer Witwe nicht einzuziehen, und man hat verprochen, einen Mann, der seinen wichtigsten Beitrag ganz allein auftracht erhebt, ebenfalls nicht einzuziehen, aber die Regierung bricht fortwährend ihre Versprechungen. Das englische Volk ist nicht zufrieden mit dem, was die Regierung mit den Arbeitern allerlei Lumber treibt und wie mit einer blinden Kuh zu spielen wagt. Sie soll sich in acht nehmen, sie treibt dem Bankrott entgegen.“

Abschmähregel gegenüber Frankreich.

Berlin, 4. Juli. (M. t. l.) Die französische Regierung hat angekündigt, daß den Kriegsgefangenen und zivilisierten Deutschen in Frankreich Nahrungsmittel, Tabak in jeder Form, Toiletartikel und Kleider aus den Postpaketen sowie aus den Sammelsendungen der Hilfsvereine nicht mehr ausgedehnt werden. Sie begründet ihre Maßregel durch die Behauptung, daß in Deutschland den Kriegsgefangenen und zivilisierten Deutschen der Inhalt ihrer Pakete vorenthalten werde. Diese Behauptung ist nicht zutreffend. Allerdings mußte eine strenge Untersuchung der an die feindlichen Kriegsgefangenen und zivilisierten deutschen Parteien angeordnet werden, da in ihnen Anleitungen und Werkzeuge zur Schädigung der deutschen Ernte und anderweitiger Sabotage in großer Zahl entdeckt wurden. Die durch eingehende Untersuchung der Post untermeidlichen Vergehungen sind jedoch so weit als möglich bei der französischen Regierung die Aufhebung ihrer unbilligen Maßregel verlangt und angeordnet, daß bis auf weiteres den französischen Kriegs- und Zivilgefangenen in Deutschland dieselben Arten von Waren, die von französischer Seite beschlagnahmt werden, ebenfalls vorzuenthalten sind. Wenn diese Maßregel nicht ausreicht, wird die Sperrung der bisher gestatteten Brotmitteln für französische Gefangene in Deutschland in Erwägung gezogen werden. Die Aufhebung der französischen Maßregel wird in der Presse durch die Behauptung, daß in Deutschland den Kriegsgefangenen und zivilisierten Deutschen in Frankreich anstatt der verbotenen Waren Geld zu senden.

Die amerikanischen Flakmuttergruppen in Frankreich.

Aus Basel erfährt die „Frank. Ztg.“: Ein Haavatelegramm aus Paris vom 3. Juli berichtet: Im Laufe des Morgens kam ein amerikanisches Bataillon in Stärke von 745 Mann und 27 Offizieren an, um der Unabhängigkeitstagsfeier am 4. Juli beizuwohnen. Eine beträchtliche Volksmenge erwartete die neuen Militären und begrüßte sie mit Rufen: „Es lebe Wilson!“ „Es lebe die Vereinigten Staaten!“ Als die amerikanische Flage sichtbar wurde, entziffen sich alle Häupter, und die Kundgebungen setzten sich auf dem ganzen Wege bis zur Kaserne fort, wo das Kontingent Quartier nimmt.

So maden's unsere Feinde!

Aus Stockholm geht dem „Ber. Vol. Anz.“ ein neuer Beweis zu, in welchem die in der Entente-Propaganda in den neutralen Ländern arbeitet, um die Stimmung im Sinne der Entente zu beeinflussen. Erinnert durch die Erfolge in Italien, Rumänien und der Kriegsende eines Besiegtes, scheint die Entente jetzt eine kriegerische Tätigkeit in Schweden entfalten zu wollen, wo bereits eine im Entenselnde stehende Telegraphenagentur, Stockholms Telegraphenbureau, vorhanden ist. Leiter dieses Bureaus ist ein gewisser Hjalmar Wundberg. Die schwedische Wochenschrift „Der Spiegel“ ist in der Lage, ein Schreiben zu veröffentlichen, das Herr Wundberg von dem Chef des schwedischen Aufklärungsbureaus für neutrale Länder erhalten hat. Der Brief lautet nach dem genannten Zeitschrift:

„Hochgeehrter Herr Wundberg!“

Ihren Bericht von der Konferenz erhalten, bitten wir Sie, uns auf dem Laufenden zu halten. Was die mitteleuropäischen Teile der schwedischen Propaganda betrifft, so dürfte sich hier ein dankbares Arbeitsfeld für Ihr geehrtes Bureau eröffnen. Propagandisten haben immer mit mir tätigsten Schwere zu kämpfen. So ist es vornehmlich bei den Franzosen, an in Brüssel. Ich vermute, daß es sich in Ihrem Lande ebenfalls so verhält. Ich möchte mich noch nicht getrauen, ich in erster Linie mit solchen kleineren Propagandisten in Verbindung stehen, von denen man annehmen kann, daß sie sich in solchen Schwierigkeiten befinden, um für eine traktive wirtschaftliche Unter-

stützung äußert dankbar zu sein. Was die Kosten für Ihre Arbeit in dieser Hinsicht betrifft, so brauchen wir wohl nur auf unser früheres Versprechen einer größeren monatlichen Unterstützung für Ihr wertvolles Bureau hinzuweisen. Gleichzeitig erlauben wir uns, darauf hinzuweisen, daß das Telegrammbureau in Christiania seine nützliche Tätigkeit in Norwegen schon seit mehreren Monaten ausübt.

In Erwartung ihrer baldigen Antwort zeichnet mit größter Hochachtung gez. Paul D. Gordon, Redakteur, Chef des schwedischen Aufklärungsbureaus für neutrale Länder, Stockholm.

Die genannte Zeitschrift bemerkt hierzu: Wundberg, der zurzeit zusammen mit seiner französischen Frau für kein französisches Geld schwedische Gebräute genießt, hat schon vor Eintritt seiner Erholungsreise ein Verzeichnis über die Anzahl von Zeitungen ausgearbeitet, die zu Verleumdungen bei der Neuorientierung der Entente im Zeichen der Behebung wirtschaftlicher Schwierigkeiten der schwedischen Presse aussersehen sind.

Der neue Russenangriff.

Es scheint, daß die erneut eingeleiteten Sturmdivisionen der Russen in Ungarn bereits zur Schlacht ausgebrannt sind. Angriffe erfolgten nur bei Brzegany, die aber trotz früherer Kräfte in dem riesigen lupten Gebiet nicht vorwärts kamen. Soweit jetzt zuverlässige Nachrichten vorliegen, besitzten sie, daß die Verluste der Russen sehr hoch waren. Offenbar hatten sie sich der Täuschung hingelassen, daß unsere Front im Osten geschwächt wäre, so daß es nur der Einkreisung bedürfte, um die Linien zu überrennen und zu durchstoßen. Um so fürchterlicher muß die Enttäuschung gewesen sein, als an der seit und tiefschneidenden Entenmauer die russischen Truppen abprallten, als sie, vom Vernichtungsschicksal und Abwehrfeuer gelöst, hin und her gerüttelt wurden. Nichts desto trotz, im Hinblick auf den Kommandanten, hielt Herr Zerkow an, ebenso bei Brody und am Stochob. Aber zu neuen Angriffen schickte den art mitgenommenen Gegnern die Kraft. Wenn auch die russische Offensive auf diesem Frontteil noch nicht als erledigt angesehen werden kann, da von den von der Entente aufgestellten und bedrohten Befehlshabern in Petersburg neuer Einsatz gemacht wird und werden muß, so zeigen doch die bisherigen Erfahrungen, daß die russische Revolution weder Methode noch Kampfkraft der Truppen anmerken hat. Die Entente hat sich nicht mehr eine Entlastung für den Druck im Westen zu schaffen. Was für die Strategen in Paris und London Ursache und Wirkung ist, ist es für die überlegene Feldherrenkunst Hindenburgs nicht. Die Offensive der Russen hat sofort den Beweis erbracht, daß die Voraussage Hindenburgs: unsere Fronten ständen überall fest, seien für jeden Fall vorbereitet, Tatsache war und ist!

Aufruf des A- und S-Rates an das Heer.

WTB. Petersburg, 4. Juli. (Petersburger Tele. graphen-Agentur.) Anlaßlich der russischen Offensive befohl der Kongress aller Arbeiter- und Soldatenräte Rußlands mit erbitterter Wut, folgenden Aufruf an das Heer zu richten:

Soldaten und Offiziere! Die vorläufige Regierung des revolutionären Rußlands ruft Euch zur Offensive auf, Euch, die ihr auf den Schlachtfeldern die Ehre der Revolution verteidigt und Euer Blut für die Freiheit und den allgemeinen Frieden vergießt. Euch fordert der Kongress zur Ausschöpfung des Heeres, zum Ausleben der Weltanschauung der Bauernvereine gegen Rußlands feindlichen Krieg. Die russische Revolution ruft jetzt langen die Wälder aller Länder zum Kampf für den allgemeinen Frieden an. So lange die Wälder Europas nicht auf unseren Ruf antworten, geht der Krieg ohne unsere Schuld weiter. Eure Organisation und Stärke, von der die Offensive zeugt, soll der Stimme des revolutionären Rußlands bei seinen Anrufen an die es bekämpften Länder, sowie an die Neutralen und Bundesgenossen Gewicht verleihen und das Kriegsende näherbringen. Wie unsere Gedanken sind bei Euch, den Söhnen des revolutionären Heeres. In dieser entscheidenden Stunde fordert der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands das Band auf, alle seine Anstrengungen zur Ausschöpfung des Heeres zu vereinen. Bauern, geht den Wäldern Arbeiter folgt dabei, daß das Heer nicht an Munition Mangel leidet! Soldaten und Arbeiter der Entente, bildet Militärlagen und Regimente zur Verteidigung und geht in die ersten Linien! Bürger, seid eingebend Eurer Pflicht! Möge niemand im gegenwärtigen Augenblick versuchen, sich der Erfüllung seiner Pflicht gegenüber dem Vaterlande zu entziehen. Die Arbeiter- und Soldatenräte und die Vertreter der Bauern machen über die Freiheit Rußlands, Soldaten und Offiziere! Eure Herzen sollen keine Zweifel hegen. Ihr kämpft für die Freiheit und das Glück Rußlands, sowie für den nahen, allgemeinen Frieden. Wir senden Euch heißen, selbstlichen Gruß. Es lebe die Revolution! Es lebe das revolutionäre Heer!

Nach einer „Haav.“-Medung erregte die neue russische Offensive bei der Bevölkerung von Petersburg durch ihr plötzliches Einsetzen und ihren Erfolg ungeheure Begeisterung. Es fand eine Kundgebung statt, an der sich General Ruffel und eine Gruppe von Offizieren des Generalstabes, sowie von Offizieren der Militären beteiligten. Der Zug begab sich nach dem Kriegsministerium und dem Marineministerium, wo der Arme, Kerenski und der Regierung Ovationen dargebracht wurden. Zum ersten Male sah man heute seit der Revolution neben dem gewöhnlichen roten Banner und dem Wäldern Kerenski in den Reihen der Marschierenden des Bajnet in den russischen Nationalfarben. Auch in Moskau kam es zu begeisterten Kundgebungen.

Russischer Heeresbericht vom 3. Juli.

Westfront: In Richtung auf Plozow geht unsere Offensive wirksam weiter. Am 2. Juli gegen 3 Uhr nachmittags bemächtigte sich das Regiment Zaraitz nach einem erbitterten Kampfe des Dorfes Prossorow, und die tapferen Truppen der 4. finnischen Division, sowie die tschecho-slowakische Brigade der mächtig befestigten feindlichen Stellungen auf den Höhen wäldlich und südwestlich des Dorfes Schorow und des befestigten Dorfes Korhlow, nachdem sie drei Linien feindlicher Gräben durchstoßen hatten. Der Gegner lag sich jenseits der Malä Straza zurück. Die finnische Division brachte 1500 Offiziere und Soldaten, vier Grabengeschütze, neun Maschinengewehre und einen Minenwerfer ein; die tschecho-slowakische Brigade brachte 62 Offiziere, 3150 Mann, 15 Ge-